

---

<b>Behörde</b>	Gemeinderat
<b>Traktanden</b>	Siehe unten
<b>Sitzungsdatum/Zeit</b>	Montag, 7. Juni 2010, 19.00 Uhr – 20.25 Uhr
<b>Sitzungsort</b>	Sitzungssaal Untermosen
<b>Teilnehmende</b>	Mitglieder des Gemeinderats (32) und Stadtrats, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Lucia Eigensatz, Ratssekretärin, Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stellvertreterin sowie Paul Bossert, Ratsweibel
<b>Entschuldigte</b>	Charlotte Baer (Ferien); Marcel Bättig (Ferien); Martin Lampert (private Verpflichtung)

---

## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollabnahme vom 12. April 2010
3. Wahl der Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2010 bis 2014
4. Ersatzwahl eines Delegierten für den Zweckverband Seewasserwerk Hirsacker Appital für die Amtsdauer 2010-2014
5. Postulat der SVP-Fraktion vom 14. November 2007 betreffend Umnutzung des Gemeinderatssaales für schulische Zwecke und Durchführung der Gemeinderatssitzungen in der Kulturhalle Glärnisch; Beantwortung
6. Postulat der Fraktion der Grünen vom 15. April 2010 betreffend Förderbeitrag E-Bikes; Begründung
7. Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2010 betreffend vergünstigte E-Bikes dank Sammelbestellung und Mengenrabatt; Begründung
8. Postulat vom 15. Mai 2010 von Jonas Erni, SP-Gemeinderat, betreffend Landschaftsentwicklungskonzept (LEK); Begründung
9. Postulat vom 22. Mai 2010 von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, betreffend Bewilligungskompetenzen zum geänderten Projekt Überdachung Busbahnhof „Welle“; Begründung
10. Postulat vom 22. Mai 2010 von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, betreffend baugesetzlicher Bewilligung des Projekts Überdachung Busbahnhof „Welle“ durch die Heimatschutzkommission des Kantons Zürich bzw. freiwillige Einholen deren Expertise; Begründung
11. Postulat vom 22. Mai 2010 von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, betreffend „wirksame Bedachung des Busbahnhofs“ in Wädenswil; Begründung
12. Postulat vom 22. Mai 2010 von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, betreffend „Solarglasdach“ (Einbau von Solarzellen in die Überdachung des Busbahnhofs); Begründung

13. Interpellation vom 19. Januar 2010 von der Fraktion der Grünen betreffend Entwicklung Halbinsel Giessen; Begründung
14. Interpellation vom 9. März 2010 von Tobias Mani und Rahel Sonderegger, beide EVP, betreffend Kostenüberschreitung Witterungsschutz Bahnhofplatz; Begründung
15. Interpellation vom 19. März 2010 von Tobias Mani und Rahel Sonderegger, beide EVP, betreffend Seeuferweg im „Giessen“; Begründung
16. Interpellation vom 22. Mai 2010 von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, betreffend Realisierung der Überdachung des Busbahnhofes in Wädenswil; Begründung

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es einen **Änderungsvorschlag von Christoph Hirzel zur Traktandenliste**. Die Geschäfte, die an der letzten Sitzung nicht mehr behandelt werden konnten (Traktanden 13 – 15) seien vorab d.h. nach Traktandum 5 zu behandeln. Die Begründung dazu sei, dass einerseits die Interpellation vom 19. Januar 2010 alt sei und die Interpellation betreffend Kostenüberschreitung Witterungsschutz solle logischerweise vor den Postulaten betreffend „Wolke“ behandelt werden.

Der Rat stimmt einstimmig dem Änderungsvorschlag von Christoph Hirzel zu.

## 1. Mitteilungen

**Gemeinderatspräsident Simon Kägi**, erklärt, dass er sich ausserordentlich freue, dass Thomas Hartmann, nach seinem Skiunfall, heute wieder anwesend sei und wieder aktiv als Gemeinderat mitwirken könne. Er habe es geschätzt, wie genau und präzise Thomas Hartmann als letztjähriger Präsident den Ratsablauf im Griff gehabt habe. Es habe ihn immer wieder erstaunt und positiv überrascht, wie er auf Anträge oder Änderungen die vom Rat gestellt worden seien, reagiert habe. An seiner Präsidentenfeier sei er häufig mit „Captain“ betitelt worden. Auch wenn er ein Seemann zu Land sei, seien seine Manöverdienste hier im Rat immer sehr genau und klar gewesen und würde man das Ganze mit einer Schiffsteglandung eines Dampfschiffes vergleichen, würde er sagen, habe er das mit Note 6 bestanden. Besonders hervorheben möchte er seine Dienste zu Gunsten des neuen Gemeinderatsreglements. Die geplanten, kleinen Anpassungen die vorgenommen werden wollten, seien immer mehr zur kompletten Sanierung des gesamten Reglements geworden. Dank seinem hohen Wissen des Gemeinderechtes und seinen kritischen Voten und Statements konnte das Geschäftsreglement nach einem Jahr harter Arbeit hier im Rat zur Genehmigung vorgelegt werden. Es sei ein Regelement, in dem viel von der Arbeit und dem Engagement von Thomas Hartmann stecke und er hoffe es werde lange Zeit im Rat nachwirken.

(Zum Dank überreicht Simon Kägi Thomas Hartmann ein kleines Präsent.)

### Fraktionserklärung SP

**Thomas Hartmann, SP**, erklärt, dass er sich schon lange darauf gefreut habe, im Rat endlich wieder das zu sagen, was er wolle und nicht, was das Ratsreglement vorschreibe. Er bedanke sich bei Simon Kägi für die Rede, dem gesamten Büro und der Ratssekretärin, welche den Rat aktiv unterstützt haben, dem ganzen Stadtrat und allen im Rat. Es sei ein interessantes und schönes Jahr gewesen. Aber jetzt sei er froh, könne er wieder an seinem

angestammten Platz sitzen und zum Beispiel eine Fraktionserklärung verlesen: An der letzten Gemeinderatssitzung sei das Postulat betreffend ausgewogener Information von der Stimmbevölkerung in der Urnenweisung von einer sehr knappen Mehrheit vom Parlament nicht überwiesen worden, obwohl der Stadtrat bereit gewesen wäre, das Postulat zur Prüfung entgegen zu nehmen.

Eigentlich sei es richtig, dass der Gemeinderat die Überweisung abgelehnt habe. Die Begründungen aber, die gegen die Überweisung angeführt worden seien, seien nicht stichhaltig. Die Begründungen hätten sich fast ausschliesslich auf die Oberdorf-Vorlage bezogen und ob dort sachlich informiert worden sei oder nicht. Einige im Rat hätten gemeint, es genüge, wenn nur der Stadtrat informiere.

Alleine diese Gründe hätten aber für eine Ablehnung nicht genügt. Der einzige wahre Grund, der für eine Ablehnung gesprochen hätte, wäre das Argument gewesen, dass das Postulat schlicht unnötig sei: Was die SP mit diesem Postulat gefordert habe, schreibe nämlich der § 64 des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte ganz klar vor. Und das Gesetz gelte auch in Wädenswil. Im § 64 stehe, dass zu einer Abstimmungsvorlage ein kurzer, sachlich gefasster und gut verständlicher beleuchtender Bericht verfasst werden müsse, der unter anderem Folgendes zum Inhalt haben müsse: Die Begründung von der Mehrheit und von wesentlichen Minderheiten des Parlaments und bei Volksinitiativen oder Volksreferenden die Stellungnahme des Initiativ- oder Referendumskomitees. Weiter stehe im § 64, dass durch die wahlleitende Behörde ehrverletzende, offensichtlich wahrheitswidrige oder zu lange Äusserungen in der Stellungnahme des Komitees geändert oder zurückgewiesen werden können.

Die SP-Fraktion warne den Stadtrat darum ausdrücklich, dass, wenn er in der Zukunft die Bestimmungen nicht einhalte, sie mit einer Aufsichtsbeschwerde oder einer Stimmrechtsbeschwerde reagieren würden.

#### Fraktionserklärung der SVP

**Albert A. Stahel, SVP**, führt aus, dass die SVP für das Anliegen des Gratisparkierens bewusst die steuergünstige Form der Petition, anstelle einer Initiative mit einer teuren Volksabstimmung gewählt habe. Wenn man sehe, wie viele Initiativen zur Zeit von anderen Parteien lanciert würden, die zu entsprechenden Mehrkosten für eine Volksabstimmung führen, sei es doch etwas bedenklich, dass der Stadtrat eine Petition, die von 1'150 Personen unterschrieben worden ist, nicht ernst nehme. Die Unterschriften stammen von Personen aus Wädenswil oder aus der Umgebung, die in Wädenswil einkaufen und das Gewerbe in Wädenswil unterstützen. Die Begründung, warum die Petition nicht weiter verfolgt werde, sei teilweise unwahr und fadenscheinig. So werde behauptet, dass die Petition nicht zur Energiestadt passe. Ist es sinnvoller und ökologischer, wenn die Leute mit dem Auto ins Seedorfcenter oder ins Sihlcity fahren? Beim besten Willen könne man nicht alle Einkäufe mit dem Velo oder zu Fuss tätigen und beispielsweise einen Kasten Mineralwasser nach Hause transportieren. Deshalb sei es auch besser ins Dorf zu fahren und das lokale Gewerbe zu unterstützen als irgendwohin zu fahren.

Woher stamme die Behauptung, dass durch die erste halbe Stunde gratis parkieren Einnahmeverluste von mehreren hunderttausend Franken verursacht würde?

Die Behauptung, dass zum Beispiel Gebührenauffälle der SBB von der Stadt bezahlt werden müssten, stimme nicht. In der Petition werde ausdrücklich festgehalten, dass das Gratisparkieren in der ersten halben Stunde nur für die städtischen Parkplätze gelten dürfe. In der Antwort werde von Gratisparkplätzen gesprochen, die andere Begehrlichkeiten wecken würde. Dabei handle es sich nicht um Gratisparkplätze, sondern lediglich darum, dass die erste halbe Stunde gratis sein soll. Alle weiteren Parkzeiten müssen ganz normal bezahlt werden.

Das Anliegen gratis Bus zu fahren, würde viel weiter reichen. Dazu komme noch, dass der öffentliche Verkehr durch die Steuerzahler bereits massiv unterstützt werde. Warum also nicht auch etwas fürs lokale Gewerbe tun? In Uster, wo 15 Minuten gratis parkieren eingeführt worden sei, gab es sicher zuerst auch kritische Stimmen. Jetzt sei es dort zum Erfolg geworden.

Obwohl eine Initiative zu lancieren bis anhin nicht die Absicht der SVP gewesen sei, seien sie dieser Idee nun nicht mehr ganz so abgeneigt.

#### **1.1 Eingänge (Verweis aufs Protokoll)**

- Postulat von Hanspeter Andreoli und Ivo Peyer, BFPW-Gemeinderäte vom 2. Juni 2010 betreffend Einschränkung der Anbieter im Einladungsverfahren in Bezug auf die Anzahl sowie dem kantonalen Standort
- Postulat der SVP-Fraktion vom 1. Juni 2010 betreffend Wädenswiler Studenten Jahresfest
- Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Mai 2010 betreffend Reduktion der Hundesteuer auf Hofhunde
- Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Mai 2010 betreffend Ermahnung der Hundehalter über ihre Pflichten
- Schriftliche Anfrage der EVP/EDU-Fraktion vom 26. Mai 2010 betreffend Hochwasserschutz neue Bibliothek
- Einladung zur GR-Sitzung vom 7. Juni 2010
- Liste für die Wahl der Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2010 – 2014
- Betriebsanalyse der Hochschule Luzern über die Freizeitanlage Untermosen
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der SVP-Fraktion vom 22. Februar 2010 betreffend Sicherheit in den Wohnquartieren
- Postulat von Kuno Spirig, GLP-Gemeinderat vom 22. Mai 2010 betreffend wirksame Bedachung des Busbahnhofes in Wädenswil
- Postulat von Kuno Spirig, GLP-Gemeinderat vom 22. Mai 2010 betreffend Bewilligungskompetenzen zum geänderten Projekt Überdachung Busbahnhof "Welle"
- Postulat von Kuno Spirig, GLP-Gemeinderat vom 22. Mai 2010 betreffend baugesetzliche Bewilligung des Projektes Überdachung Busbahnhof "Welle" durch die Heimatschutzkommission des Kantons Zürich bzw. freiwillige Einholung deren Expertise
- Postulat von Kuno Spirig, GLP-Gemeinderat vom 22. Mai 2010 betreffend Solarglasdach (Einbau von Solarzellen in die Überdachung des Busbahnhofes)
- Interpellation von Kuno Spirig, GLP-Gemeinderat vom 22. Mai 2010 betreffend Realisierung der Überdachung des Busbahnhofes in Wädenswil

- Postulat von Jonas Erni, SP-Gemeinderat vom 15. Mai 2010 betreffend Landschafts-entwicklungskonzept (LEK) mit Anhang
- Protokoll der Sitzung vom 12. April 2010
- Einladung zum grow Apéro
- Zonenplan der Stadt Wädenswil Nachführungsstand 18.12.2009/15.01.2010
- Sitzplan Gemeinderat für die Amtsdauer 2010/2011
- Zeitschrift Hochparterre Beilage über Wädenswil
- Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2010 betreffend vergünstigte E-Bikes dank Sammelbestellung und Mengenrabatt
- Ausladung GR-Sitzung vom 17. Mai 2010
- Geschäftsbericht 2009 der Stadt Wädenswil
- Weisung 2 vom 19. April 2010 betreffend Ersatz Autodrehleiter der Feuerwehr (ADL)
- Weisung 3 vom 19. April 2010 betreffend Fusion der Spitäler Sanitas und Zimmerberg
- Dossier Nutzung und Gestaltung öffentlicher Räume in Wädenswil, Projekt Platzda?!
- Weisung 1 vom 12. April 2010 betreffend Betriebsbeitrag an die Stiftung grow
- Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion vom 14. November 2009 betreffend Umnutzung des Gemeinderatssaales für schulische Zwecke und Durchführung der Gemeinderatssitzungen in der Kulturhalle Glärnisch
- Parteipräsidentenliste
- Statuten Zweckverband Schulpsychologischer Dienst des Bezirkes Horgen

## 1.2 Überweisung

Das Büro hat die Weisung 4 vom 3. Mai 2010 betreffend Initiative "Günstiger Wohnraum für Familien" der Sachkommission zur Vorberatung überwiesen.

## 2. Protokollabnahme

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 12. April 2010 wird genehmigt.

01.03.60 / 01.05.10

## 3. Wahl der Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2010 bis 2014

**Gemeinderatspräsident Simon Kägi** erklärt, die Namen der Kandidaten und Kandidatinnen würden aus der Liste hervorgehen, die mit der Sitzungseinladung verschickt worden sei. Gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats (Art. 46a) könne die Wahl der Mitglieder des Wahlbüros in globo vorgenommen werden.

Gegen die Wahl in globo werden auf Anfrage keine Einwände erhoben.

Der Rat wählt einstimmig und in globo die Wahlbüromitglieder für die Amtsdauer von 2010 bis 2014.

**Gemeinderatspräsident Simon Kägi**, möchte es nicht unterlassen, bereits jetzt einen Dank an die Mitglieder des Wahlbüros auszusprechen.

39.00

#### **4. Ersatzwahl eines Delegierten für den Zweckverband Seewasserwerk Hirsacker Appital für die Amtsdauer 2010-2014**

**Gemeinderatspräsident Simon Kägi** erklärt, dass der Gemeinderat seine Delegierten für den Zweckverband bereits an der konstituierenden Sitzung gewählt habe.

Da das Präsidium und Vizepräsidium der Delegiertenversammlung und Betriebskommission des Zweckverbands mit den gleichen zwei Personen besetzt werde und traditionsgemäss von Wädenswiler und Horgener (Werk-)Exekutivmitgliedern eingenommen wurde, habe man feststellen müssen, dass man es unterlassen habe, Ernst Brupbacher als Delegierten zu wählen. Freundlicherweise sei Berti Stocker freiwillig bereit gewesen, auf ihr Amt in der Delegiertenversammlung zu verzichten und somit für die Ersatzwahl von Ernst (Grübi) Brupbacher Platz zu machen. Herzlichen Dank.

Er stelle fest, dass Berti Stocker formell zurückgetreten sei und folglich eine Ersatzwahl stattzufinden habe.

Zur Wahl werde Ernst (Grübi) Brupbacher vorgeschlagen. Der Wahlvorschlag wird auf Anfrage nicht ergänzt.

Ernst (Grübi) Brupbacher wird einstimmig als Delegierter des Zweckverbandes Seewasserwerk Hirsacker Appital gewählt.

28.03.24

#### **5. Postulat der SVP-Fraktion vom 14. November 2007 betreffend Umnutzung des Gemeinderatssaales für schulische Zwecke und Durchführung der Gemeinderatssitzungen in der Kulturhalle Glärnisch; Beantwortung**

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, teilt mit, dass er die schriftliche Antwort noch mit ein paar Ergänzungen bestücken wolle. Die Postulanten weisen auf ein tatsächliches Problem hin, nämlich, dass in der Schulanlage Untermosen der Platz langsam knapp werde. Schuld daran seien die neuen gesetzlichen Vorgaben im Bereich Bildung bezüglich Randzeiten- und Mittagsbetreuung. Um den Vorgaben gerecht zu werden, habe man als Sofortmassnahme unter anderem das Hallenbad-Restaurant als Mittagstisch in Betrieb genommen und die Randzeitenbetreuung im Stöckli der Freizeitanlage Untermosen eingerichtet. Eine Arbeitsgruppe, die eine längerfristige und definitivere Lösung für die Schulsituation im Untermosen finde, sei seit längerem an der Arbeit. Man habe verschiedene Varianten in Diskussion. In diesem Zusammenhang sei auch die Zukunft der Aula besprochen worden. Die Umnutzung des Gemeinderatssaales zu Klassenräumen wäre zwar möglich, aber aus Sicht des Stadtrates unter dem Strich nicht geeignet. Die Raumhöhe und Gestaltung seien zum Teil ungenügend und die Kosten wären im Vergleich zum Nutzen zu hoch. Zudem müsse man auch festhalten, dass die Schulanlage weiterhin eine Aula oder einen Singsaal brauche. Der Verlust wäre nicht nur für den Rat gross, sondern auch für die Verantwortlichen der Schulbehörde und von ausserschulischen Benutzerinnen und Benutzer. In der Aula finden

jeweils auch ausserschulische Aktivitäten statt, dies zum Beispiel durch die regelmässigen Veranstaltungen der Aktiven Senioren, Musiktheater oder Kinderflohmarkt, etc. Eine Verlegung all dieser Anlässe in die Kulturhalle Glärnisch erachte der Stadtrat nicht als sinnvoll. Die Halle sei für solche Anlässe überdimensioniert und die Ambiance würde sich dort nicht einstellen. Ebenfalls müssten dann diverse schulische Aktivitäten auf andere Schulanlagen ausgelagert werden, was umständlich und zeitaufwändig sei. Aus diesen Gründen habe sich der Stadtrat entschieden, diese Option nicht mehr weiter zu verfolgen. Weiter verfolgen werden sie aber ohne Zweifel die mittel- und langfristige Planung der Schulanlage Untermosen.

**Adrian Stocker, SVP**, bedankt sich im Namen der SVP beim Stadtrat und allen übrigen Beteiligten für die Beantwortung des Postulates. Wie aus der Antwort hervor gehe, bestehe zwischen der Oberstufenschulpflege und der politischen Gemeinde verschiedene Vorstellungen wie der notwenige Raumbedarf der Schuleinheit Untermosen tatsächlich aussehen soll. So habe der Stadtrat in der Antwort keine andere Möglichkeit aufzeigen können, wie in der Schuleinheit Untermosen mehr Räumlichkeiten für schulische Zwecke geschaffen werden könne. Sie hoffen, dass die unterschiedlichen Vorstellungen in nützlicher Frist beseitigt werden können und dass für die Schülerinnen und Schüler wie auch für den Steuerzahler eine angemessene Lösung gefunden werde.

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident Simon Kägi** ist niemand gegen die Abschreibung des Postulates betreffend Umnutzung des Gemeinderatssaales für schulische Zwecke und Durchführung der Gemeinderatssitzungen in der Kulturhalle Glärnisch.

**Das Postulat betreffend Umnutzung des Gemeinderatssaales für schulische Zwecke und Durchführung der Gemeinderatssitzungen in der Kulturhalle Glärnisch ist folglich als erledigt abgeschlossen.**

05.03.00

**13. Interpellation vom 19. Januar 2010 von der Fraktion der Grünen betreffend Entwicklung Halbinsel Giessen; Begründung**

**Heinz Wiher, GP**, führt aus, dass an der letzten Ratssitzung bereits ausführlich über den Giessen gesprochen wurde. Wie an der letzten Sitzung dargelegt wurde, habe der Giessen eine lange Geschichte hinter sich, speziell der geplante Seeuferweg. Peter Schuppli habe an der letzten Ratssitzung einen guten Überblick zum politischen Werdegang des Seeuferwegs auf der Halbinsel Giessen geliefert. Es sei lange still um die Halbinsel Giessen gewesen, doch jetzt mit dem Projekt der Peach Property Group sei wieder etwas Bewegung gekommen. Auch auf politischer Bühne sei wieder etwas gelaufen, der Stadtrat habe zusammen mit dem Kanton beschlossen, dass gewisse Gebäude aus dem Inventar der schutzwürdigen Objekte auf der Halbinsel Giessen genommen werden. Somit hätten sich die Rahmenbedingungen grundlegend verändert und so könnten auch die früheren Beschlüsse nochmals hinterfragt werden.

Dem Investor sei durch diesen Schritt viel Freiheit bei der Umsetzung seiner Projektidee gegeben worden. Es können Projekte realisiert werden, die früher nicht möglich gewesen seien. Die öffentliche Hand habe der Peach Property Group zu einem Mehrwert verholfen. Dies sei ja an sich nichts Schlimmes, aber bei kluger Verhandlungstaktik hätten dabei auch öffentliche Anliegen in die Verhandlungen eingebracht werden können.

In diesem Zusammenhang stelle er gerne die Fragen an den Stadtrat und wolle kurz sagen, was das öffentliche Interesse sei:

Ein Teil, was man schon an der letzten Ratsitzung gehört habe, sei die Linienführung des Seeuferweges im westlichen Teil. Es gebe dort Gebäude, die nicht mehr geschützt seien und darum könne man nochmals die Führung des Seeuferweges diskutieren. Je näher der Seeuferweg am See entlang liege, umso attraktiver sei er.

Auf der Halbinsel Giessen gebe es heute günstigen Wohn- und Gewerberaum, welcher danach sicher verloren gehe. Er gehe mit allen einig, dass die Halbinsel Giessen nicht gerade der Ort sei, an dem man günstigen Wohnraum anbieten könne. Die Halbinsel sei so attraktiv, dass sie schon ein anderes Klientel anziehe. Wenn günstiger Wohn- und Gewerberaum verloren gehe, wäre es gut vorab zu überlegen, ob man nicht an einem anderen Ort günstige Wohn- und Gewerberäume anbieten wolle. Man erhalte Grundstücksgewinnsteuer vom Projekt auf der Halbinsel Giessen, sicher nicht im grossen Umfang, aber man könne Rückstellungen machen, um den Gewerbebetrieben zu helfen. Auch hierzu hoffen sie, dass sich der Stadtrat Gedanken machen werde.

Der Stadtrat soll sich ebenfalls zum Thema Seeuferweglücke Gedanken machen. Zwischen der Halbinsel Giessen und dem Seeplatz gebe es immer noch eine ärgerliche Seeuferweglücke. Der Rest sei mindestens geplant und könne hoffentlich bald gebaut werden. Aber für das Teilstück zwischen Seeplatz und Giessen gebe es erst im Kanton eine vage Projektidee. Er hoffe sehr, dass der Stadtrat am Ball bleibe und sich darüber informiere, was der Kanton plane. Eine Idee wäre ja, dass sich der Investor der Halbinsel Giessen an diesem Projekt teilbeteilige. Gerade dieser Investor habe ein grosses Interesse, dass die Leute die dort wohnen werden auf einem attraktiven Weg gemütlich zum Bahnhof spazieren können.

Man wisse, dass in den Verhandlungen nicht nur die Stadt involviert gewesen sei, auch der Kanton habe mitgesprochen. Er hoffe, dass beide taktisch und klug verhandelt hätten. Er sei gespannt auf die Antwort.

**Die Interpellation betreffend Entwicklung Halbinsel Giessen geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

33.06

**14. Interpellation vom 9. März 2010 von Tobias Mani und Rahel Sonderegger, beide EVP-Gemeinderäte, betreffend Kostenüberschreitung Witterungsschutz Bahnhofplatz; Begründung**

(Tobias Mani verlässt den Bock)

**Tobias Mani, EVP**, führt aus, dass er die Interpellation zur Kostenüberschreitung des Witterungsschutzes Bahnhofplatz, kurz Wolke, ergänzend zum schriftlichen Text begründen möchte.

Je mehr sich die Wolke des Stadtrats nähere, desto deutlicher werde, dass da in finanzieller Hinsicht eine dunkle Wolke auf uns zukomme.

Der Stadtrat habe damals das Projekt mittels Wettbewerb und Jury ausgewählt. Es wurden ca. 90 Ideen eingereicht. Eine Jury mit sechs Fachleuten und drei Mitglieder des Stadtrates habe das Projekt der Berliner Architekten "hausmarkeberlin" zur Siegerin erkoren. Inklusive Realisierungsnachweis und Preisgeldern.

Die Wolke wurde zusammen mit der ganzen Neugestaltung Bahnhofplatz dem Volk vorgelegt. Die Wolke habe mässige Begeisterung ausgelöst. Im intensiven Abstimmungskampf sei es aber vor allem um den Standort der Bushaltestellen gegangen. Und es sei immer wieder darauf hingewiesen worden und so auch ein gewisser Druck erzeugt, dass man jetzt Ja sagen müsse, sonst bleibe das hässliche Dosenbachhaus weiterhin stehen, da der Kaufvertrag befristet gewesen sei. Zur Wolke wurde immer wieder versichert, dass der Kostenvoranschlag von Fr. 1.1 Mio. für Witterungsschutz inkl. neuem Auf- und Abgang sowie auch die Realisierbarkeit, die Unterhaltsarbeiten und –kosten sehr seriös abgeklärt worden seien und alles "verhebe".

Mit einer hohen Stimmbeteiligung habe der Gesamtkredit von Fr. 4.13 Mio. beim Volk am 26. November 2006 mit 56% eine Ja-Stimmen Mehrheit gefunden.

Einige Jahre später, am 16. Februar 2010 habe der Stadtrat mit einer kurzen Medienmitteilung informiert, dass in der Detailplanung gewisse Anpassungen gemacht worden seien und die verbindliche Offerte der Firma Tuchs Schmid AG von Frauenfeld im Bereich des Vertretbaren läge. Der Gesamtkredit von Fr. 4.13 Mio. werde nun um ca. 15% sprich Fr. 620'000.-- überschritten. Die entscheidende Mitteilung, wie viel die Wolke, jetzt umgestaltet zu einer Welle, nun koste, wurde vorenthalten. Daher habe er den entsprechenden Stadtratsbeschluss verlangt.

Und da sei zum Vorschein gekommen, was man vermutet habe: Es handle sich wirklich um eine düstere, schwarze Wolke. Die dem Volk versprochene Wolke hätte nämlich Fr. 2.5 Mio. statt Fr. 1.1 Mio. gekostet. Da drängen sich wichtige Fragen nach den Gründen, der Vorhersehbarkeit und der Verantwortung auf. Es könne doch nicht sein, dass man für eine solch unseriöse Wolke sogar noch Preisgelder bezahlt habe.

Sie möchten daher wissen, wer die politische und/oder rechtliche Verantwortung übernehme und ob es Konsequenzen habe. In der Antwort erwarten sie vom Stadtrat konkrete Antworten, insbesondere wie viel Geld in den Sand gesetzt worden sei für Jury, Preisgelder, Realisierungsnachweis, etc. Er verstehe nicht, warum man da nicht transparent informiert habe, dass die Wolke den Kostenvoranschlag massiv überschritten hätte.

Die Welle sei zwar billiger, was man als Glück im Unglück bezeichnen könne. Aber auch hier wurde nicht transparent informiert, wie viel teurer diese nun werde. Neben den Fr. 1.424 Mio. plus Mehrwertsteuer für die Lieferung und die Montage der Welle kämen ja noch die Vorleistungen (Fundament, Pfählungen) und Nebenarbeiten hinzu. Wenn man beispielsweise einmal Vorleistungen von Fr. 200'000.-- annehme und dann noch Nebenarbeiten von beispielsweise Fr. 100'000.-- für Beleuchtung oder Honorare hinzukommen, käme man inkl. Mehrwertsteuer doch auf einen stolzen Betrag von über Fr. 1.8 Mio. statt den ursprünglichen Fr. 1.1 Mio. Man müsse sich wohl auf eine Welle gefasst machen, die ebenfalls deutlich über den bewilligten Fr. 1.1 Mio. liege. Diese Kostenüberschreitung mache Bauschmerzen, deutlich mehr als die baulichen Änderungen des Projektes verursachen.

Es erstaune, dass der Stadtrat ohne einen Zusatzkredit zu beschliessen, einfach so die Arbeiten vergeben habe. Und beim Sprechen eines Zusatzkredites stelle sich dann doch die Frage nach der Einhaltung der Kompetenzordnung der GO.

Noch eine Randbemerkung: Es wäre interessant zu erfahren, wie die vom Volk als Gesamtkredit beschlossenen Fr. 4.13 Mio. ausgegeben wurden. Es habe so viele Änderungen und Verschiebungen gegeben, und es wäre interessant zu wissen, wo die 15% Kostenüberschreitung liegen.

Die vielen positiven Bemerkungen von anderen Gemeinderatsmitgliedern und auch aus der Bevölkerung zeigen, dass der Stadtrat hier einen Informations- und Erklärungsbedarf habe und sie bitten daher um eine klare, transparente Information und zwar noch vor Einweihung.

### **Die Interpellation betreffend Kostenüberschreitung Witterungsschutz Bahnhofplatz geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

**Gemeinderatspräsident Simon Kägi** informiert den Rat über ein Schreiben des Bezirksrats Horgen vom 19. März 2010 in dem er dem Stadtrat mitteile, dass auch der Bezirksrat überprüfe, ob die Kostenüberschreitung im gesetzlichen Rahmen liege und dass der Stadtrat sich nicht über die gesetzlichen Vorgaben hinwegsetzen dürfe. Der Bezirksrat Horgen möchte die Protokollauszüge über die Beantwortung dieser Interpellation.

05.03.00 / 33.03

**15. Interpellation vom 19. März 2010 von Tobias Mani und Rahel Sonderegger, beide EVP-Gemeinderäte, betreffend Seeuferweg im "Giessen"; Begründung**

**Tobias Mani, EVP**, teilt mit, dass es in der Interpellation von Rahel Sonderegger und ihm um drei Fragekomplexe gehe:

Erstens möchten sie genau wissen, ob und wie die Planungsvorgaben sprich Gestaltungsplan und Baulinien eingehalten wurden. Seine Ausgabe im roten Ordner sei intepretationsbedürftig. Peter Schuppli habe mit der Präsentation an der letzten Ratssitzung Vorarbeit geleistet.

Zum anderen gehe es darum, dass der Anschluss Richtung Seeplatz jederzeit sichergestellte werde. Seiner Meinung nach müsse der Anschluss, wenn auch nur als Sackasse Richtung Seeplatz bereits jetzt wie im Gestaltungsplan vorgeschrieben, realisiert werden oder aber mindestens alles rechtlich und finanziell abgesichert werden.

Drittens gehe es darum, dass jetzt der richtige Zeitpunkt sei, um sich über die Verbindung Giessen – Seeplatz konkret Gedanken zu machen. Ein Uferweg sei nur dann ein Uferweg, wenn er zwischen Giessen und Seeplatz auf der Seeseite der Bahnlinie geführt werde und nicht nur ein Trottoir entlang der Seestrasse.

Die hohen Grundstückgewinnsteuern durch den Verkauf der Halbinsel sollen nicht einfach mit Steuersenkung verschwinden. Die Bevölkerung soll einen konkreten Nutzen von der Überbauung unserer Perle haben. Sie schlagen vor, die Grundstückgewinnsteuern, welche in Millionenhöhe liegen dürften, für die Realisierung des Seeuferwegs Giessen – Seeplatz zu verwenden. Der Kanton werde den Bärenanteil ohnehin übernehmen. Und vielleicht beteilige sich auch noch der Investor. Somit wäre jetzt die Finanzierungsarbeit kein Problem mehr und Wädenswil und seine Bevölkerung könne vom durchgehenden Seeuferweg Seeplatz – Richterswil profitieren. Das wäre ein Hit.

(Tobias Mani nimmt wieder auf dem Bock Platz)

**Die Interpellation betreffend Seeuferweg im "Giessen" geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

08.08.50 / 10.05.10

**6. Postulat der Fraktion der Grünen vom 15. April 2010 betreffend Förderbeitrag E-Bikes; Begründung**

**Rita Hug, GP**, erklärt, Wädenswil lebe und bewege, diese Worte könne man auf der Homepage von Wädenswil lesen. Das genau möchte man in der Grünen Fraktion bewirken, dass die Worte des Stadtpräsidenten bei der Übergabe des Energiestadt-Labels auch umgesetzt werden, Schritt für Schritt.

Sie möchten gerne einen Teil der Wädenswilerinnen und Wädenswiler zum Bewegen anregen. Man möchte die Einwohner gerne abholen und mitmachen lassen an dem Projekt Energiestadt, welches ja erst am Anfang stehe.

“Es hat einfach zu viele Autos auf der Strasse!“ Dies seien Worte eines sichtlich genervten Buschauffeurs bei einer Fahrt von der Au nach Wädenswil. Es habe zu viele Leute, die wegen nur wenigen Metern das Auto benutzen. Ein E-Bike sei das Fortbewegungsmittel für Wädenswil. Die Hügel nehme man sportlich mit Schwung. Die Staus am Samstagmorgen oder nach Feierabend können locker umfahren werden. Es können Einkäufe gemacht werden, ohne dass man vor dem Parkhaus anstehen oder mühsam einen Parkplatz suche müsse. Im Zentrum sei man viel wendiger, schneller und unabhängiger mit einem E-Bike.

Neben den vielen positiven Reaktionen aus der Bevölkerung auf das Postulat, habe sie auch kritische Parlamentarier gehört. Von E-Bike-Käufern die den Zuschuss der Stadt einstecken und dann die Bikes teurer weiter verkaufen möchten, zum Beispiel. Sie müsse sagen, dass sie sich wirklich nicht vorstellen könne, dass die Wädenswiler Bevölkerung so viel kriminelles Potential habe und gleich Masseneinkäufe zu diesem Zweck machen werde. Bei dem Vertrag der abgeschlossen werde, könne man ja die Klausel einfügen, dass die Velos für den Eigengebrauch und nicht für den Handel gedacht seien. Sie sei sicher, dass die Stadt Wädenswil schon schwierigere Verträge abgeschlossen habe. Auch von einem Giesskannenprinzip habe sie gehört. Seien denn die grossen Würfe immer viel besser? Könne man nicht auch einmal ein Anreiz mit einer guten Idee schaffen? Es gehe doch darum, dass man mit einer solchen Kampagne die Bevölkerung sensibilisieren möchte, dass man nicht immer nur ins Auto steigen müsse für kleine Besorgungen, sondern, dass es durchaus attraktive Alternativen gäbe. Natürlich werde ein E-Bike mit Strom unterstützt. Aber man ist sicher mit ihr einig, dass der Energie-Verbrauch in keinem Verhältnis zu dem mit einem Auto stehe. Wädenswil sei Energiestadt und man möchte sich doch weiter entwickeln. Mit dieser Aktion möchten sie die Bevölkerung aktiv einladen, daran teil zu nehmen. Als Stadt dürfe man ruhig eine Vorbildfunktion einnehmen.

Mit diesem Postulat können die Interessierten selber auswählen, welches Velo bei welchem Händler sie kaufen möchten. Sie können sich dort beraten lassen, wo sie schon gute Erfahrungen gemacht haben, und sich das Velo kaufen, das zu ihnen passe. Mit dem Kauf des E-Bikes in einem einheimischen Geschäft leiste man zudem einen aktiven Beitrag zur Förderung des Gewerbes. Was die Bevölkerung dann aus diesem Angebot mache, werde man sehen. Ihr Postulat sehen sie als Anregung für den Stadtrat. Das sei einfach ein Vorschlag von ihnen, die Umsetzung überlassen sie gerne dem Rat, was für ein Betrag gesprochen werde oder über welchen Gesamtbetrag.

Man könne doch auch einmal einer etwas anderen Idee eine Chance geben. Es sei schade, wenn neue Ideen abgeschmettert werden und man jeglichen frischen Wind in Wädenswil unterbinde. Man möchte doch eine Stadt sein, die lebe und bewege. Das möge ein weiterer Schritt dazu sein.

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, bestätigt, dass Wädenswil nun eine Energiestadt sei. Die Übergabe sei ein erfreulicher Anlass gewesen, jedoch auch mit Pflichten verbunden. Am Thema Energie müsse man dranbleiben und daran arbeiten. Er nehme gerne Stellung zu diesem Postulat, nicht nur im Namen des Stadtrates, sondern auch im Namen der abteilungsinternen Arbeitsgruppe Energie, die sich mit diesem Thema befasse. Aus der Sicht des Stadtrates sei die Idee der Grünen sympathisch und er danke für den Input zum Thema Energiestadt. Er müsse aber auch mitteilen, dass der Stadtrat bezüglich der Realisierung erhebliche Bedenken habe. Die Postulanten fordern einen recht markanten Eingriff in einen Markt und aus Sicht des Stadtrates sei es ordnungspolitisch mindestens fraglich. Es bestehe eine gewisse Gefahr, dass man der Stadt Willkür vorwerfe – warum unterstütze Wädenswil E-Bikes aber keine City-Bikes, keine Turnschuhe und keine Nordic-Walking-Stöcke. Es bestehe auch die Gefahr von Missbräuchen, wie das die Postulantin selber beschrieben habe und um den Missbrauch einzudämmen, bestehe allenfalls Gefahr von einem Administrations- und Kontrollaufbau. Aus all diesen Gründen sei der Stadtrat nicht bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

**Gemeinderatspräsident Simon Kägi** informiert, dass die Aussprache hiermit eröffnet sei.

**Albert Stahel, SVP**, teilt mit, dass er vor einer Woche von einer dreiwöchigen Reise aus dem Westen von China zurückgekehrt sei. Dabei habe er feststellen dürfen, dass durch das kommunistische Regime in China die Umstellung auf elektrobetriebene Velos und Töffs forciert werde. Der Grund hierfür sei nicht etwa die Ökologie, sondern die Energieabhängigkeit von China. Der Strom für die Töffe und Velos werde durch sehr umweltbelastende Kohlekraftwerke produziert. Nicht gerade sehr freundlich, wenn man sich die Situation in Peking anschauet, man sehe zu jeder Stunde den Sonnenuntergang und nicht der Sonnenaufgang.

Nun zu den E-Bikes in der Schweiz. Sie seien teilweise bereits zu Fr. 1'300.-- zu haben. Logischerweise dürfte ein marktbewusster Käufer dank der Subventionierung ein solches E-Bike kaufen. Diese E-Bikes stammen aber aus China. Dank der Sklavenhaltung von chinesischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die vielfach nicht mehr als Fr. 150.-- pro Monat verdienen, werden sie so günstig hergestellt. Wer also ein E-Bike aus China kauft, mache sich der Förderung der chinesischen Sklavenhaltung schuldig.

Es komme noch etwas anderes dazu. Die Akkus bzw. Batterien dieser Bikes müssen nach einer gewissen Zeit entsorgt werden, was für die Umwelt nicht unproblematisch sei. Anstatt die Wädenswiler Berge mit Hilfe der umweltschädigenden Batterien zu erklimmen, wäre es sinnvoller die Muskelkraft einzusetzen. Diese trage zur Erhaltung der Gesundheit bei. Daher möchte er jetzt schon den Vorschlag mache, Faltvelos zu kaufen. Diese seien Gesundheitsförderung und das Faltvelo könne gratis in Postauto oder Bus mitgeführt werden. So könne auch einen Beitrag an die notleidende Industrie Europas geleistet werden und nicht an die Sklavenhaltung der Chinesen.

Gesund durch Muskelkraft. Dieses Motto sei zu verfolgen, was er persönlich auch tue, draussen könne man später sein Faltvelo bewundern. Die Idee E-Bikes zu subventionieren erachte die SVP finanzpolitisch als Fass ohne Boden und deshalb lehne die SVP dieses Postulat ab.

**Rahel Sonderegger, EVP**, erklärt, dass die EVP-Fraktion gegen die Überweisung des Postulates sei. Natürlich sei es sinnvoller mit einem E-Bike durch die Strassen zu radeln anstatt die Umwelt mit Abgasen zu belasten. Sie glauben aber nicht, dass ein Förderbeitrag an die E-Bikes der richtige Weg sei, die Menschen vom Autofahren abzuhalten. Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand vom Auto auf ein E-Bike umsteige, sei sehr gering. Nur jemand, der sonst schon mit dem Fahrrad unterwegs sei, würde auf ein E-Bike umsteigen. Wenn die Stadt E-Bikes subventionieren möchte, müsse man konsequenterweise, wie Philipp Kutter schon erwähnt habe, auch Wanderschuhe, Rollerblades, normale Velos usw. unterstützen. Die SVP habe sie noch auf eine Idee gebracht: Wenn man die Einnahmen von der ersten halbe Stunde parkieren für die Subventionierung der E-Bikes benutzen würde, dann fände das auch die EVP eine gute Idee.

Eine kleine Bemerkung habe sie auch für das anschliessende Postulat der FDP: Sie seien sehr erstaunt gewesen, dass die FDP den freien Unternehmen nicht zutrauen, selber die E-Bikes einzukaufen. Man verlange ja auch nicht von Migros und Coop zusammen den Salat zu bestellen.

**Kuno Spirig, GLP**, teilt mit, dass die Grünliberale Partei für die Überweisung des Postulates sei. Dies insbesondere weil eine Anschubfinanzierung gefordert werde. Alle wissen, dass gewisse Projekte eine Anschubfinanzierung bräuchten, so zum Beispiel beim EKZ für gewisse energiesparende Kühlschränke. Die Stadt habe bereits Erfahrungen mit den Erdgasautos gemacht, bei welchen man auch zuerst einen gewissen Anschub gegeben habe, bis es zu einem Selbstläufer geworden sei.

Er gebe Albert Stahel recht, es sei wirklich so, dass es E-Bikes von minderer Qualität gäbe. Er weise aber darauf hin, dass die bekannte Firma Biketec AG (Schweizer Unternehmung), mit guten Produktionsbedingungen qualitativ gute E-Bikes produziere, die ca. Fr. 4'000.-- kosten.

Er sei der Meinung, dass der Rat dem Stadtrat den Auftrag geben solle, sich dies nochmals durch den Kopf gehen zu lassen.

### **Schlussabstimmung:**

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats der Fraktion der Grünen vom 15. April 2010 betreffend Förderbeitrag E-Bikes an den Stadtrat grossmehrheitlich ab.

08.08.50 / 10.05.10

### **7. Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2010 betreffend vergünstigten E-Bikes dank Sammelbestellung und Mengenrabatt; Begründung**

**Astrid Furrer, FDP**, führt aus, dass Rahel Sonderegger ihr Postulat nicht ganz verstanden habe. Sie wollen mit diesem Vorstoss nur aufzeigen, dass es auch marktwirtschaftliche Mittel gebe, ökologische oder andere Anliegen durch zu bringen und nicht nur marktverzer-

rende Subventionen. Sie wünschen sich bei all diesen Diskussionen, dass gerade auch von den Grünen etwas mehr Kreativität und finanzielle Überlegungen eingebracht würden. Sie gehe auch nicht in den Coop einkaufen und wolle ein Luxus- oder Konsumgut und verlange dann von der Stadt, dass sie sich daran beteilige. Die Subventionen werden nicht aus dem eignen Sack, sondern von Steuergeldern bezahlt. Das Postulat sei klar ein Gegenpostulat auf das der Grünen gewesen. Da das Postulat aber nicht überwiesen worden sei, sei ihr Postulat nun hinfällig und darum ziehen sie das Postulat zurück.

Man habe mit dieser Diskussion den lokalen Händlern einen Steilpass gegeben und vielleicht springe jemand auf und komme selber auf die Idee, dass es mit Sammelbestellungen attraktivere Rabatte gebe. Aus ökologischen Gründen, darum ziehen sie das Postulat auch zurück, finden sie E-Bikes zudem fragwürdig. Die ganze Stromerzeugung und die Entsorgung der Batterien und Akkus seien nicht unproblematisch. Und ein Autofahrer werde nicht auf das E-Bike umsteigen. Ein E-Bike benutzen diejenigen, welche ohnehin schon Velo fahren.

**Das Postulat der FDP-Fraktion betreffend vergünstigte E-Bikes dank Sammelbestellung und Mengenrabatt wird durch Rückzug als erledigt abgeschrieben.**

04.03.24

**8. Postulat von Jonas Erni, SP-Gemeinderat, vom 15. Mai 2010 betreffend Landschaftsentwicklungskonzept (LEK); Begründung**

**Jonas Erni, SP**, erklärt, die ausführlichen Informationen seien mit dem Postulat versandt worden, weshalb er sich kurz fassen wolle.

Was er in der Hand halte sei das offizielle Merkblatt der Fachstelle Naturschutz vom Kanton Zürich. Und man sehe richtig, nichts anderes als Wädenswil sei darauf abgebildet, obwohl wir noch kein Landschaftsentwicklungskonzept durchgeführt haben. Er schätze das Foto von Wädenswil auf etwa 20 Jahre alt, unterdessen sehe es nicht mehr ganz so aus. Es habe sich vieles verändert, nicht alles zum Guten. Darum sei von verschiedenen Parteien zu Recht gefordert worden, dass es eine einheitliche, ganzheitliche Zentrums- und Raumplanung in Wädenswil brauche. Er sei überzeugt, dass ein Landschaftsentwicklungskonzept das optimale Mittel dazu sei. Es werde kooperativ, das heisse gemeinsam mit der gesamten Bevölkerung, Einwohnern und Landwirten unter professioneller Anleitung ein Konzept erarbeitet und am Ende habe Wädenswil ein Konzept das "verhebe" und aufgrund von dem man die Zentrums- und Raumplanung in Wädenswil vornehmen könne.

Was sicher auch alle interessiere, seien die Kosten. Er habe sich bei der Fachstelle Naturschutz informieren lassen und bis jetzt habe das Landschaftsentwicklungskonzept nie mehr als Fr. 75'000.-- gekostet, wenn man es beantrage zahle mindestens 1/3 der Kanton.

**Heini Hauser, Stadtrat Planen und Bauen**, erklärt, dass der Stadtrat bereit sei, dieses Postulat entgegen zu nehmen. Es sei nicht so, dass die Idee das erste Mal an den Stadtrat gelange. Bereits der "alte" Stadtrat habe sich mit diesem Thema auseinander gesetzt und man müsse nicht mehr ganz von vorne beginnen.

### **Schlussabstimmung:**

Der Rat stimmt der Überweisung des Postulat von Jonas Erni, SP-Gemeinderat, vom 15. Mai 2010 betreffend Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) an den Stadtrat grossmehrheitlich zu.

33.06

### **9. Postulat von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, vom 22. Mai 2010 betreffend Bewilligungskompetenzen zum geänderten Projekt Überdachung Busbahnhof „Welle“; Begründung**

**Kuno Spirig, glp**, führt aus, dass das Projekt nicht so umgesetzt werden könne, wie es geplant gewesen sei. Der Stadtrat habe nun ein abgeändertes Projekt entwickelt. Ihnen scheine es notwendig, zu überlegen, wer die rechtliche Kompetenz habe, Projekte so umzusetzen: Ist es der Stadtrat, der Gemeinderat oder die Stimmberechtigten?

Ebenfalls seien sie der Meinung, das Projekt „Wolke“ sei nie unumstritten gewesen sei. Mit einem zweiten Wurf gebe es eine Chance ein Projekt zu realisieren, welches die Abstützung des Volkes geniesse. Der Stadtrat werde eingeladen zu prüfen, ob das zur „Welle“ geänderte Projekt nochmals dem Stimmvolk vorgelegt werden müsse.

**Heini Hauser, Stadtrat Planen und Bauen**, führt aus, dass er einleitend für die nächsten 4 Postulate etwas Grundsätzliches sagen wolle, was für alle Vorstösse zu diesem Thema gelte. Täglich benutzen ca. 6'000 Personen den Busbahnhof in Wädenswil. Bei jedem Wetter stehen sie dort und warten auf den Bus. Das habe den Stadtrat schon vor rund 10 Jahren veranlasst, eine Studie und ein Ideenwettbewerb durchzuführen, bei dem eine Bedachung des Busbahnhofes das Ergebnis gewesen sei. Da man an diesem wichtigen Ort nicht einfach ein 0815-Dach habe bauen wollen und auch vergrösserte Buswartehäuschen keine Option gewesen seien, habe sich der Stadtrat für ein etwas mutigeres, grösseres und etwas futuristisches Modell entschieden. Mit vergrösserten Buswartehäuschen und Dächli zu gleichen Kosten, hätte man später dem Stadtrat Mutlosigkeit und Kleinbürgertum vorgeworfen. Jetzt habe man 2010 und die aktuelle Situation kenne jeder im Rat bestens. Der Stadtrat möchte nun möglichst schnell das Dach über den Köpfen der ÖV- Benutzenden realisieren. So wie geplant, sei die Wolke leider nicht realisierbar. Das sei auch für den Stadtrat ärgerlich. Man habe die Berechnungen der Architekten, wie auch die Realisierbarkeit überprüfen lassen. Offensichtlich könne man aber nicht davon ausgehen, dass dies genüge. Sie seien nicht besonders stolz auf den Verlauf des Projektes. Aber all dies ändere nichts daran, dass der Stadtrat den Volkswillen durchsetzen möchte. Das neue angepasste Dach, entspreche in etwa dem Baldachin im Bahnhof Bern. Das Dach sei attraktiv und könne mit vernünftigen Kosten gebaut werden. Der Stadtrat und die Baubehörden haben sich entschieden, das leicht geänderte Projekt im Anzeigeverfahren zu bewilligen und zu bauen. Dies in Übereinstimmung mit den 4'000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche vor 4 Jahren dem Projekt Neugestaltung Bahnhofplatz zugestimmt hätten, denn bei dieser Vorlage sei auch ein Witterungsschutz enthalten gewesen.

Wenn man im Parlament zulasse, dass solche Prozedere Einzug halten, dann müsse man nicht erstaunt sein, dass die Stimmbeteiligung bei Abstimmungen und Wahlen in Zukunft noch mehr zurück gehen.

Der Stadtrat betrachte die Abänderung des neuen Projektes gegenüber dem bewilligten als untergeordnet, die Baubehörde habe deshalb in Absprache mit seinem Rechtsvertreter die Bewilligung als "abgeändertes Projekt" im Anzeigeverfahren bewilligt. Die bereits im ursprünglichen Projekt involvierten Rekurrenten können somit ihre Rechte weiterhin wahrnehmen, was sie auch gemacht hätten.

Für den Stimmbürger entspreche das abgeänderte Projekt dem Bewilligten; das Erscheinungsbild ändere nur unwesentlich und der Witterungsschutz für die Busbenützer bleibe identisch. Ausserdem seien die Ausmasse des Witterungsschutzes in den Abstimmungsunterlagen gar nicht aufgeführt worden. Für die Realisierung eines Bauvorhabens, für welches die Stimmbürger/innen den Kredit bewilligt hätten, sei der Stadtrat alleine zuständig, es liege in seinem Ermessen und seiner Verantwortung, die entsprechenden Arbeitsvergebungen und Detailanpassungen am Projekt zu beschliessen. Würde man von diesem Prinzip abkommen, so müssten sämtliche Projekte wie Frohmatt-Umbau oder die neue Bibliothek erneut vor der Realisierung im Rat behandelt werden.

Aus diesen Gründen sei der Stadtrat nicht bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

**Gemeinderatspräsident Simon Kägi** informiert, dass die Aussprache hiermit eröffnet sei.

**Willy Rüegg, SP**, teilt mit, dass vor etwas mehr als fünf Jahren die Wolke mit Herzblut, Engagement und Lust diskutiert worden sei. Seit ein paar Wochen sehe man mit Befremdung, dass dieses Thema wieder einen neuen Hype bekommen habe. Dies sei diplomatisch gesagt unglücklich und sei schwer Aussenstehenden zu erklären, zum Beispiel seinem Sohn, der in dieser Zeit die Oberstufe und Berufslehre absolviert habe. Dies seien junge Menschen, die man überzeugen möchte, dass es sinnvoll sei Politik zu machen und sich zu engagieren. Es sei schwierig den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu erklären, dass ein Geschäft so lange daure und es sei absolut unmöglich, dies denjenigen Menschen zu erklären, die fast jeden Tag, zumindest in letzter Zeit, im Regen gestanden seien. Eine Zumutung sei, dass man nun wieder darüber diskutieren müsse und auch die vier eingereichten Postulate seien eine Zumutung und machten die ganze Sache zur Posse. Viele Menschen seien verärgert, dass die Wolke noch nicht realisiert worden sei, trotz Volksabstimmung und klarer Willensäusserung. Dies sei inakzeptabel. Man frage sich, wer die Schuld daran habe?

Erstens: Über verflossene Stadträte dürfe man immer etwas Häme ausgiessen, es sei sicher nicht alles optimal gelaufen. Man habe mindestens viel Angriffsfläche für Rekurse geboten, da das Projekt auch nicht super organisiert und durchdacht gewesen sei.

Zweitens: Danach seien Rekurse und alle möglichen Rechtsmittel eingereicht worden. Hier werde es langsam zur Zwängerei und man müsse vielleicht als Rekurrent einsehen, dass man aufs Dach bekommen und verloren habe.

Drittens: Diese vier Postulate entbehren jeder Grundlage. Und dies einfach nur, weil die Partei damals noch nicht geboren sei. Es mache keinen Sinn, die Diskussion nochmals auf Feld 1 zu lancieren.

Die SP sei klar der Auffassung, dass man jetzt den Volkswillen realisieren und das Dach so rasch als möglich bauen müsse. Wie Tobias Mani schon erläutert habe, seien auch sie der Meinung, dass Kostentransparenz hergestellt werden müsse. Es sei nicht alles klar und diesbezüglich hafte dem Projekt einen Makel an. Und zu guter Letzt würden sie alle Rekurrenten bitten, ihre eingelegten Rechtsmittel zurückzuziehen und den demokratischen Willen zu akzeptieren.

Aus diesen Gründen sei die SP der Meinung, dass alle vier Postulate nicht an den Stadtrat überwiesen werden sollten.

**Gian Fadri Gattiker, FDP**, teilt mit, dass die FDP alle vier Postulate (Traktanden 9 bis 12) strikte ablehne.

1. Die FDP respektiere den Willen des Volkes, das sich im Jahre 2006 klar für eine "Wolke" ausgesprochen habe.
2. Die FDP befürworte die Überdachung vom Busbahnhof, auch wenn sie neu "Welle" heisse. Es soll allerdings eine zweckmässige und schöne Lösung sein.
3. Sie seien auch der Meinung, dass ein solches Projekt jetzt in einer machbaren Form möglichst rasch realisiert werden müsse.
4. Obwohl teilweise richtige Fragen gestellt werden, erachte die FDP den Schwall und die Form der Postulate der Grünliberalen als Nebelpetarden. Damit wollen die Grünliberalen zusammen mit den Grundsatzgegnern das Projekt weiter verzögern und eine Überdachung endgültig bodigen.

Eine Kritik an der Behandlung des Projekts sei aber trotzdem berechtigt. Für einen normal denkenden Bürger sei doch klar: Wenn jemand beim Bäcker für Fr. 20.-- eine Schwarzwäldertorte mit wolkeigem Schlagrahm bestelle und am Schluss eine Käsewähe bekomme, die erst noch Fr. 5.-- teurer sei, sei das erklärungsbedürftig. Dies obwohl beides gut gegen den Hunger sei. Heute seien vier Kräfte am Werk:

- Die eine Gross-Partei, die die verantwortliche Bauabteilung seit Jahren politisch führe.
- Die Partei, aus welcher der Stadtpräsident stamme, der schliesslich für eine gute Kommunikation verantwortlich wäre.
- Eine Kleinpartei, die Rücksicht auf einen Parteikollegen nehmen müsse, der allerdings mit dem Grundsatzgegnern vom Überdachungs-Projekt zusammenarbeite.
- Dann, die linken unkritischen Kräfte, die meinen, wegen der komfortablen Finanzlage könne das Geld nicht schnell genug ausgegeben werden.

Die FDP sei in der komfortablen Lage, keine politischen Rücksichten nehmen zu müssen, um die Situation kritisch hinterfragen zu können. Offenbar sei das Projekt nicht sorgfältig vorbereitet worden. Wie komme es sonst, dass dem Volk ein nicht realisierbares Konzept verkauft worden sei, das trotz Vereinfachungen und Minderleistungen am Schluss auch noch bedeutend teurer zu stehen komme? Warum sei nicht früher, besser und transparenter kommuniziert worden? Wie komme es, dass die Bauarbeiten offenbar ausgelöst worden

seien, bevor die Rekursfrist abgelaufen sei und die Arbeiten jetzt unterbrochen werden mussten? Und dann noch wichtig: Welche Lehre zieht der Stadtrat aus diesem Debakel? Die FDP sage das, weil noch mehr Projekte in der Pipeline seien, die vom Volk zwar genehmigt, aber konzeptionell noch nicht zu Ende gedacht worden seien, so zum Beispiel die Bibliothek und die Frohmatt. Solche Überraschungen müssten inskünftig verhindert werden. Die FDP wolle konstruktiv bleiben und vorwärts machen. Sie lehne deshalb die vier Postulate von der Grünliberalen Partei ab, erwarte aber im Rahmen von weiteren parlamentarischen Vorstössen auch Antworten auf die erwähnten Fragen.

**Berti Stocker, EDU**, teilt mit, so wie man nach dem Regen auf den Sommer warte, so warte die Bevölkerung auf die Überdachung des Busbahnhofes. Auch die neue Form des Daches halte die Bevölkerung weiterhin in Bewegung. Es sei verständlich, dass ein Teil der Bevölkerung nicht zufrieden sei mit dem nicht der Abstimmung entsprechenden Projekt. Ein neues aufgleisen und planen oder sogar eine weitere Volksabstimmung würde die Realisierung der Überdachung jedoch weiterhin verzögern, ganz zu schweigen von den Kosten. Es sei zu hoffen, dass der erneute Rekurs möglichst bald zu Gunsten des bereits bestehenden Projekts entschieden werde und die Überdachung des Busbahnhofes unverzüglich realisiert werden könne.

Die EVP/EDU-Fraktion sei für Nichtüberweisung des Postulates an den Stadtrat. Dies gelte ebenso für die nachfolgenden Postulate sowie die Interpellation von Kuno Spirig.

**Kuno Spirig, glp**, erklärt, dass man alles über die Grünliberalen sagen könne, jedoch nicht dass sie gegen die Überdachung des Busbahnhofes sei. Es habe mal eine berühmte Berner Sportlerin gegeben, die gesagt habe: "Grind abe und seckle!". Genau so komme es ihm im Moment vor. Nur weil man jetzt 10 Jahre gewartet habe, müsse man jetzt um jeden Preis Vollgas geben. Die Grünliberale Partei befürchte, dass man mit Vollgas in eine Mauer fahre. Eine Mauer heisse ein finanzielles Desaster, etwas das nicht gefällt, etwas das beim anschauen keine Freude bereite und etwas das den Zweck nicht erfülle.

Ihr einziges Anliegen sei, dass der Stadtrat nochmals sorgfältig über die Bücher gehen und darüber nachdenken solle. Die Vorarbeit des Stadtrates und des Parlamentes in den letzten Jahren werde natürlich von der Grünliberalen respektiert. Sie hätten einfach ein paar Themen, bei denen sie finden, dass man das nochmals anschauen müsse, damit man danach eine Lösung habe, die über 20 Jahre "verheben" würde. Jetzt habe man die Chance, dies nochmals zu überprüfen.

### **Schlussabstimmung:**

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulat von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, vom 22. Mai 2010 betreffend Bewilligungskompetenzen zum geänderten Projekt Überdachung Busbahnhof "Welle" an den Stadtrat grossmehrheitlich ab.

33.06

**10. Postulat von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, vom 22. Mai 2010 betreffend baugesetzlicher Bewilligung des Projekts Überdachung Busbahnhof "Welle" durch die Heimatschutzkommission des Kantons Zürich bzw. freiwillige Einholung deren Expertise; Begründung**

**Kuno Spirig, glp**, teilt mit, dass seinerzeit das Projekt Wolke durch einen Architekturwettbewerb entschieden worden sei. Vorab habe man keine Meinung der kantonalen Heimatschutzkommission eingeholt. Unterdessen gäbe es aber ein Gutachten, worin die Welle nicht den Heimatschutzkriterien entspreche. Weil der Bahnhofplatz teilweise mit geschützten Gebäuden umgeben sei und der Bahnhofplatz auch eine Visitenkarte für ein attraktives Wädenswil sei, seien sie der Meinung, dass es intelligent, sinnvoll und klug wäre, auf freiwilliger Basis die Expertenmeinung der Heimatschutzkommission einzuholen.

**Heini Hauser, Stadtrat Planen und Bauen**, erklärt, dass der Stadtrat die vielen Anliegen, die geäussert worden seien, ernst nehmen werde. Sie werden auch die Interpellation betreffend Kostenüberschreitung Witterungsschutz erst nehmen und klar und sauber beantworten.

Das Erscheinungsbild des neuen Projektes sei unwesentlich anders als das ursprüngliche. Es sei deshalb davon auszugehen, dass ein erneutes Gutachten der kantonalen NHK nicht zu andern Schlüssen kommen würde als vor einigen Jahren. Die Baudirektion habe bei der Zustimmung zum ursprünglichen Projekt bei der Güterabwägung das damalige negative Gutachten der kantonalen NHK weniger stark gewichtet als den Witterungsschutz für die wartenden Benutzer des öffentlichen Verkehrs.

Weil das Erscheinungsbild des abgeänderten Projektes im Wesentlichen das gleiche sei wie das ursprüngliche Projekt, gäbe es keinen Grund, ein neues Gutachten einzuholen. Der Stadtrat sei nicht bereit dieses Postulat entgegen zu nehmen.

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident Simon Kägi** wird keine Aussprache gewünscht.

**Schlussabstimmung:**

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulat von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, vom 22. Mai 2010 betreffend baugesetzlicher Bewilligung des Projekts Überdachung Busbahnhof "Welle" durch die Heimatschutzkommission des Kantons Zürich bzw. freiwillige Einholung deren Expertise an den Stadtrat grossmehrheitlich ab.

33.06

**11. Postulat von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, vom 22. Mai 2010 betreffend wirksame Bedachung des Busbahnhofes in Wädenswil; Begründung**

**Kuno Spirig, glp**, sagt, dass die Grünliberalen befürchten, dass bei schlechtem Wetter, wenn der Wind stark aus Westen komme, die wirksame Bedachung nicht gewährleistet sei. Man habe verschiedene Votantinnen und Votanten gehört, die darauf hingewiesen hätten, dass es ihnen ein grosses Anliegen sei, dass die Wädenswiler Bevölkerung endlich trockenen Fusses von Bus zu Bahn und umgekehrt gelangen können. Es sei der Auftrag und eine Bitte an den Stadtrat, dass er prüfe, wie man das geplante Dach so optimieren könne, dass bei starkem Regen die Bevölkerung expliziert vor Wind und Regen geschützt sei.

Persönlich konnte er dies in Bern mit dem Baldachin erleben, welcher als Vorbild für die Wolke diene. Dort werde bei starkem Wind 10 bis 15 Meter unter das Dach Wind und Regen getragen. Das Interessante des Baldachins sei, wie er gebaut sei. Dieser habe eine Art „Nase nach vorne“, die vielleicht extra so gebaut worden sei, um gegen Westen den Wind und Regen abzuhalten.

Er fände es etwas vom Schlimmsten, wenn Steuergelder ausgegeben würden für einen Witterungsschutz der nicht funktioniere.

**Heini Hauser, Stadtrat Planen und Bauen**, führt aus, dass bei der Jurierung des Wettbewerbes für den Witterungsschutz auf dem Bahnhofplatz die Höhe des Daches ausschlaggebend für den 1. Preis gewesen sei. Dadurch seien die umliegenden Gebäude, auch für die wartenden Busbenützer besser sichtbar, zudem wirke das Dach in dieser Höhe wesentlich luftiger.

Um für den Bus (vielleicht werden künftig Doppelstöcker eingesetzt) und allfällige Chilibifahrzeuge eine genügende Durchfahrtshöhe zu gewährleisten, müsse das Dach eine Höhe von mindestens 4.5 Meter aufweisen, das nun vorliegende Projekt habe eine Höhe 7.0 Metern. Der Stadtrat sei nicht bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident Simon Kägi** wird keine Aussprache gewünscht.

**Schlussabstimmung:**

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulat von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, vom 22. Mai 2010 betreffend wirksame Bedachung des Busbahnhofes in Wädenswil an den Stadtrat grossmehrheitlich ab.

08.08.30 / 33.06

**12. Postulat von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, vom 22. Mai 2010 betreffend Solar-  
glasdach (Einbau von Solarzellen in die Überdachung des Busbahnhofes); Be-  
gründung**

**Kuno Spirig, glp**, teilt mit, dass es hier keine Abänderung des bisherigen Projekts gebe, ausser, dass man anstelle eines einfachen Glasdach Solarzellen einbaue. Dies sei eine Technologie, die schon gut funktioniere. Es seien lichtdurchlässige Zellen, es werde nichts verdunkelt. Beispiele sehe man am Uno-Gebäude oder beim Schweizer-Pavillon auf der Weltausstellung in China.

Wädenswil soll im Bereich Energie immer einen Schritt vorwärts machen und mit einem Solardach wäre dafür eine Möglichkeit gegeben.

**Heini Hauser, Stadtrat Planen und Bauen**, teilt mit, dass auch in Fachkreisen mittlerweile bekannt sei, dass die Fotovoltaik bei unseren klimatischen Verhältnissen nicht optimal eingesetzt werden könne, die Sonnenscheindauer im Winter und die Nebellage am See ermöglichen in den Wintermonaten nur eine sehr bescheidene Stromproduktion. Zudem sei die Exposition des Daches, wenig Neigung, Schattenwirkung durch umliegende Gebäude, für die Sonneneinstrahlung suboptimal. Diesem Umstand trage auch die Baudirektion Rechnung, weshalb an solche Anlagen keine Beiträge mehr ausgerichtet würden. Ausserdem sei fraglich, ob mit solchen Solarzellen nicht wieder ein neuer Rekurs eingereicht werde.

Der Stadtrat erachte andere Massnahmen als zweckmässiger, um Ziele der Energiestadt zu verfolgen und er sei daher auch nicht bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

**Gemeinderatspräsident Simon Kägi** informiert, dass die Aussprache hiermit eröffnet sei.

**Heinz Wiher, GP**, teilt mit, dass es komisch wäre, wenn die Grünen nicht sagen würden, sie hätten gerne Solarzellen. Aber auch sie erachten diesen Ort als nicht geeignet für Solarzellen. Sie seien aber auch klar der Meinung, dass so etwas zur Energiestadt gehören sollte aber vielleicht eher auf einem Schulhausdach, wo man den Schülerinnen und Schülern gleichzeitig erklären und zeigen könne, wie das funktioniere. Beim Bahnhofdach seien schon zu viele Änderungen vorgenommen worden und darum sei das Anliegen hier nicht sinnvoll. Sie seien aber gerne bereit mit den Grünliberalen zusammen einen Vorstoss betreffend Solarzellen an einem anderen Ort einzureichen.

**Schlussabstimmung:**

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulat von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, vom 22. Mai 2010 betreffend Solarglasdach (Einbau von Solarzellen in die Überdachung des Busbahnhofes) an den Stadtrat grossmehrheitlich ab.

33.06

**16 Interpellation von Kuno Spirig, glp-Gemeinderat, vom 22. Mai 2010 betreffend Realisierung der Überdachung des Busbahnhofes in Wädenswil; Begründung**

**Kuno Spirig, glp**, teilt mit, dass die Grünliberalen dem Stadtrat betreffend Realisierung ein paar Fragen stellen möchten:

Stimme es, dass der Auftrag an die Baufirma schon erteilt worden sei, bevor die Baubewilligung vorlag? Welches seien die baurechtlichen und kompetenzmässigen Grundlagen, welche zur Auftragserteilung geführt habe? Welche finanziellen Folgen käme auf die Stadt Wädenswil zu, wenn Einsprachen den Bau verzögern oder gar verhindern sollte? Welche finanziellen Folgen hätte es für die Stadt Wädenswil, wenn private oder behördliche Einsprecher, baurechtliche Änderungen des Projektes erreichen? Gebe es Veränderungen vom Projekt Wolke zur Welle betreffend Witterungsschutz?

Sie danken dem Stadtrat für eine wohlwollende Beantwortung.

**Die Interpellation betreffend Realisierung der Überdachung des Busbahnhofes in Wädenswil an den Stadtrat.**

**Der Gemeinderatspräsident Simon Kägi** informiert den Rat über die am Sitzplatz vorgefundene Einladung des Vereins Landart. Der ganze Rat sei herzlich zur Vernisage eingeladen. Dort werde auch das Bild, welches vom GR nach der Konstituierung gemacht worden sei, als Ölbild zu bewundern sein.

\*\*\*

**Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte gibt es auf Anfrage keine Einwände.**

\*\*\*

Lucia Eigensatz, Sekretärin (Protokoll und  
Simona Truttmann, Sekretärin-Stv. (Protokoll)